



KTS | c/o StuRa der FSU Jena | Carl-Zeiss-Straße 3 | 07743 Jena

**Pressevertreter\*innen**  
per Email

**Sprecher\*innen** 

Helen Würflein und Thomas Olbricht 

c/o StuRa der FSU Jena   
Carl-Zeiss-Straße 3  
07743 Jena

sprecher@kts-thueringen.de 

www.kts-thueringen.de 

Jena, 15.04.2024

## PM: KTS nimmt Stellung zum Hausärztesicherstellungsgesetz

Der Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft des Thüringer Landtags diskutiert am Mittwoch, dem 17.04.2024 den Entwurf der Landesregierung für ein "Thüringer Gesetz über die Unterstützung der Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Gebieten mit besonderem öffentlichen Bedarf" (Hausärztesicherstellungsgesetz).

Die KTS stimmt in Absprache mit der Fachschaftsvertretung der Medizinstudierenden der FSU Jena, grundsätzlich dem vorgeschlagenen Ansatz einer Hausärzt\*innenquote zur Verbesserung der Versorgungsqualität auf dem Thüringer Land zu, betrachtet jedoch einige Punkte kritisch. Insbesondere kritisiert die KTS, dass die Studierendenvertretung der Humanmedizin an der FSU Jena erneut nicht (ausreichend) in die weitere Ausarbeitung des Gesetzentwurfs eingebunden worden ist. Dies zeigt sich, nach Meinung der Sprecher\*innen der KTS bereits in der Präambel des Entwurfs. Während im Entwurf betont wird, dass bereits ausreichend, verschiedene Maßnahmen ergriffen werden, um Studierenden den Weg zum Hausarztberuf zu erleichtern, sieht die Studierendenvertretung der Humanmedizin die Realität kritisch. Ihrer Meinung nach bestehen weiterhin erhebliche Herausforderungen, die den Übergang zum Hausarztberuf erschweren.

Ein zentraler Punkt hierbei ist die finanzielle Belastung der Übernahme sowie das Risiko der Selbstständigkeit. Obwohl es Erleichterungen durch Kommunen und Land beim Erwerb eines kassenärztlichen Sitzes gibt, bleibt die finanzielle Last oft hoch, insbesondere im Hinblick auf die Ablösesumme, die an den bisherigen Praxisinhaber gezahlt werden muss. Zusätzlich mangelt es an Beratungsangeboten für Studierende, die sich mit Fragen zur Praxisführung und dem Antragsprozess für einen kassenärztlichen Sitz konfrontiert sehen.

Des Weiteren bemängelt die Studierendenvertretung der Humanmedizin die mangelnde Betreuungssituation während der klinischen Phase, insbesondere während des praktischen Jahres. Ihnen liegen eine Vielzahl von Berichten von Studierenden vor, welche schlechte Erfahrungen sowohl im Uniklinikum Jena (UKJ) als auch in hausärztlichen Praxen in Thüringen machen mussten, was ihr Interesse an einer späteren Tätigkeit als Hausarzt in Thüringen beeinträchtigt. Die KTS warnt vor einer zu oberflächlichen Herangehensweise an das zunehmende Versorgungsproblem und wiederholt die Forderung

der Humanmedizin studierendenvertretung nach einer intensiven Ursachenforschung durch das Land Thüringen.

Wichtige Aspekte wie Regelungen zu Auszeiten für Schwangerschaft, Doktorarbeit oder Krankheit sowie Konsequenzen bei nicht bestandenen Prüfungen und somit einer Verlängerung des Studiums bleiben durch den Gesetzesentwurf ungeklärt. Es besteht die Sorge vor unklaren Vertragsstrafen. Darüber hinaus besteht die Sorge, dass Studierende möglicherweise zur Annahme eines kassenärztlichen Sitzes verpflichtet werden könnten, auch wenn sie sich diesen nicht leisten können.

Zusätzlich bleiben bei den Studierendenvertreter\*innen viele relevante Fragen bezüglich der Fachärzt\*innenweiterbildung, der Ausweitung der Quote auf Fachärzte aufgeworfen sowie der Ausgestaltung der 6% Quote offen. Ein schaffen zusätzlicher Studienplätze ist bei der aktuellen Auslastung nicht möglich. Es braucht zusätzliche Mittel für Dozierende und größere Räume für Vorlesungen und Seminare, sowie Lernräume. Sollen Teile der aktuell bereits vergebenen Plätze nun anderweitig vergeben werden, bleibt für die KTS die Frage offen, warum der Notendurchschnitt des Abiturs bei den Auswahlkriterien erneut eine so große Rolle spielt, wenn dieser doch durch den Vertrag umgangen werden soll.

Insgesamt fordert die KTS eine gründlichere Überarbeitung des Gesetzesentwurfs unter Einbeziehung der Anliegen und Bedenken der Medizin studierendenvertretungen, um eine zukunftsfähige Lösung zu gewährleisten, die die Interessen aller Beteiligten angemessen berücksichtigt.